

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 19. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 28. Januar 2010

#### Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag des Abgeordneten <b>Günter Gloser</b> .....	1579 A	weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: <b>Zukunftsprogramm für 2 Millionen Arbeitsplätze</b> (Drucksache 17/470) .....	1580 A
Wahl des Abgeordneten <b>Johannes Röring</b> zum stellvertretenden Mitglied der <b>Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Versammlung der WEU</b> ....	1579 B	Rainer Brüderle, Bundesminister BMWi .....	1580 B
Wahl der Abgeordneten <b>Dorothee Bär</b> zum stellvertretenden Mitglied des <b>Stiftungsrates der Kulturstiftung des Bundes</b> .....	1579 B	Hubertus Heil (Peine) (SPD) .....	1582 A
Wahl der Abgeordneten <b>Lucia Puttrich</b> in den <b>Beirat der Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr</b> .....	1579 B	Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU) .....	1583 D
Wahl des Abgeordneten <b>Torsten Staffeldt</b> als <b>Schriftführer</b> .....	1579 C	Hubertus Heil (Peine) (SPD) .....	1585 C
		Sahra Wagenknecht (DIE LINKE) .....	1586 C
		Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	1588 B
		Christian Lindner (FDP) .....	1591 A
<b>Tagesordnungspunkt 4:</b>		Dr. Michael Meister (CDU/CSU) .....	1592 C
a) Unterrichtung durch die Bundesregierung: <b>Jahreswirtschaftsbericht 2010 der Bundesregierung</b> (Drucksache 17/500) .....	1579 C	Garrelt Duin (SPD) .....	1595 A
b) Unterrichtung durch die Bundesregierung: <b>Jahresgutachten 2009/10 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung</b> (Drucksache 17/44) .....	1579 D	Ulla Lötzer (DIE LINKE) .....	1596 C
c) Antrag der Abgeordneten Garrelt Duin, Hubertus Heil (Peine), Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: <b>Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen</b> (Drucksache 17/521) .....	1579 D	Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) .....	1597 D
d) Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Matthias W. Birkwald,		Wolfgang Tiefensee (SPD) .....	1599 C
		Dr. Heinz Riesenhuber (CDU/CSU) .....	1600 D
		Rolf Hempelmann (SPD) .....	1602 B
		Nadine Müller (St. Wendel) (CDU/CSU) ...	1603 C
		<b>Tagesordnungspunkt 5:</b>	
		a) Antrag der Abgeordneten Jutta Krellmann, Sabine Zimmermann, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: <b>Lohndumping verhindern – Leiharbeit strikt begrenzen</b> (Drucksache 17/426) .....	1605 B

**Olav Gutting**

- (A) tige Richtung haben wir in dieser Koalition schon gemacht. Das Bürgerentlastungsgesetz, die Absenkung des Eingangsteuersatzes, die Anhebung des Grundfreibetrages, die Rechtsverschiebung des Tarifs und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zusammen entlasten die Menschen in diesem Land seit dem 1. Januar um knapp 22 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Abschließend will ich als Fazit festhalten: Unter dem Gesichtspunkt einer gerechten Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit ist im Einkommensteuerrecht der Progressionsvorbehalt beim Kurzarbeitergeld nur folgerichtig und deswegen beizubehalten. Ergo werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/523 und 17/255 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 a und 11 b auf:

- a) Erste Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines ... **Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes**

– Drucksache 17/520 –

- (B) Überweisungsvorschlag:  
Finanzausschuss (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Ausschuss für Tourismus  
Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 GO

- b) Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Umsatzsteuerermäßigung für Hotellerie zurücknehmen**

– Drucksache 17/447 –

Überweisungsvorschlag:  
Finanzausschuss (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Ausschuss für Tourismus  
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch dagegen? – Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Sabine Bätzing von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Sabine Bätzing (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich beabsichtige, wie vorhin angekündigt,

meine Rede mit einem lateinischen Zitat zu beenden, werde ich sie auch so beginnen: Quousque tandem, cellaria? (C)

Wie lange noch wollen Sie diese unsolide Haushaltspolitik fortsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union?

(Beifall bei der SPD)

Diese Frage mag vielleicht verfrüht erscheinen, ist doch die schwarz-gelbe Regierung noch gar nicht so lange im Amt. Aber seien Sie versichert: Aufgrund der Ankündigungen und vor allen Dingen der Nichtankündigungen Ihrer Regierung insbesondere in der Finanzpolitik werden wir diese Frage immer wieder und bei jeder Gelegenheit stellen.

Einen ersten Anlass dazu hat uns bereits Ihr erstes Gesetz gegeben, mit dem Sie unter anderem den Umsatzsteuersatz für Übernachtungen von 19 auf 7 Prozent gesenkt haben. Das war eine offensichtliche Fehlentscheidung. Dies sehen nicht nur wir alleine so.

(Beifall bei der SPD)

Mit unserem heutigen Gesetzentwurf wollen wir Ihnen die Gelegenheit geben, diesen Fehler wieder gutzumachen. Wenn Sie diese Gelegenheit nicht nutzen und nicht zustimmen, dann werden Sie sich unseren Fragen auch weiterhin stellen müssen. Wir werden Sie wieder und wieder fragen, was Sie denn zu tun gedenken, um Ihre Steuergeschenke zu finanzieren. Wir werden Sie wieder und wieder fragen, wem Sie das Geld wegnehmen, mit dem Sie Ihre Steuergeschenke finanzieren. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ohne jetzt näher auf die Details des Spendenrechts einzugehen: Der Wähler wird sich schon seinen eigenen Reim darauf machen, wenn eine Partei Geld geschenkt bekommt und dieses mit Steuergeldern zurückzahlt.

(Beifall bei der SPD)

Er wird auch erkennen, dass dies bei FDP und Union mit größerer Häufigkeit vorkommt und es sich um höhere Summen handelt als bei den anderen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zurück zu Ihrer heutigen Chance und unserem Gesetzentwurf. Die Experten in der Anhörung, vor allem die aus der Wirtschaft – ich nenne beispielhaft den BDI und den DIHK; sie sind wahrlich nicht SPD-nah –, waren sich beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz einig: Die Umsatzsteuerermäßigung für Übernachtungen ist – ich will es vorsichtig formulieren und zitiere aus der Anhörung Professor Dr. Homburg – ökonomischer Irrsinn. Denn sie führt ausschließlich zu mehr Bürokratie.

(Zuruf von der CDU/CSU: Quatsch!)

Sie führt nicht zu mehr Wachstum, und sie führt schon gar nicht zur Senkung der Übernachtungskosten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

## Sabine Bätzing

- (A) Einen Monat nach Inkrafttreten haben sich diese Aussagen in der Praxis bestätigt. Tatsächlich haben 7 Prozent der Hotels die Preise gesenkt, 14 Prozent aber haben sie erhöht. Sie argumentieren immer wieder, dass vorrangig investiert wird

(Ingbert Liebing [CDU/CSU]: Richtig! Wird ja auch!)

und dass nur dort, wo nicht investiert wird, die Preise gesenkt werden. Das ist eine clevere Argumentation und eine geschickte Strategie. Fakt ist leider: Es passiert nichts. Die Hotels stecken sich ihr schwarz-gelbes Steuergeschenk in die Tasche, und das war es.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Richard Pitterle [DIE LINKE] – Gisela Piltz [FDP]: Wie war das noch mit der Abwrackprämie?)

Dies ist auch der Grund, warum sich praktisch jeder Betroffene in der Republik – Reiseveranstalter, Finanzämter, Steuerberater und Steuerzahler – über diese Regelung beschwert. Selbst die begünstigten Hotels sind nicht glücklich, weil sie mit den Details der Regelung – zum Beispiel in Bezug auf die Umsatzsteuerausweisung des Frühstücks – nicht zurechtkommen.

(Ingbert Liebing [CDU/CSU]: Ist doch auch falsch!)

Auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben das in weiten Teilen so gesehen. Prominente Mitglieder Ihrer Fraktion wie der Bundesfinanzminister haben das durchblicken lassen, und andere, zum Beispiel Herr Professor Dr. Lammert, der Präsident dieses Hauses, haben es offen gesagt. Das ist durchaus positiv anzurechnen. Leider haben Sie nicht danach gehandelt.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Es stellt sich mir daher die Frage: Wenn Sie den Fehler erkannt haben, warum haben Sie dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz in dieser Fassung dennoch zugestimmt? Streit in der Koalition zu vermeiden, kann nicht Ihr Argument gewesen sein; denn Sie streiten sich andauernd. Was – das ist die Frage – hat Ihnen die FDP im Gegenzug zugesagt? Oder entscheidet die FDP bei Ihnen in der Steuerpolitik allein?

(Zuruf von der FDP: Leider nicht!)

Oder – was noch viel schlimmer wäre – wird die Steuerpolitik in Zukunft auch in anderen Bereichen durch gezielte Spenden bestimmt werden? Beim Ausschließlichkeitskriterium lässt sich der Verdacht nicht völlig ausräumen, wie wir vorhin erfahren haben. Bedeutet das vielleicht, dass wir uns gegen eine entsprechende Spende unseren Mindestlohn hätten kaufen können?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie dem auch sei: Wir überlegen, was die Gründe dafür waren, dass Sie zugestimmt haben. Das kann man mit Koalitionsrason begründen.

(Ingbert Liebing [CDU/CSU]: Vielleicht auch mit guten Erkenntnissen!)

Aber Koalitionsrason gilt doch nur für das größere Ganze. Auch wir haben in unserer Regierungszeit – ich will nichts beschönigen – die eine oder andere bittere Pille schlucken müssen.

(Christian Lindner [FDP]: Und Spende bekommen!)

Wir wussten aber genau, was wir jeweils im Gegenzug bekommen und dass es den Kompromiss und die Absprache wert war. Bei uns gab es kein „Wünsch dir was“ nach dem Motto: Geld her! Dann bekommt ihr euren Wunsch erfüllt.

(Christian Lindner [FDP]: Was war denn mit der Abwrackprämie?)

Entsprechende Überlegungen bei Ihnen vermissen nicht nur wir, sondern die ganze Republik. Im Gegenteil: Um das Steuergeschenk durchzusetzen, haben Sie auch noch die widerstrebenden Länder gekauft. Womit, haben Sie uns allerdings bis heute nicht gesagt. Wir fragen uns: Werden Sie, die CDU, auch an anderer Stelle Steuerpläne der FDP mittragen, die selbst von Experten massiv kritisiert werden, ohne dageganzuhalten?

Wir geben Ihnen mit unserem Gesetzentwurf die Gelegenheit, Ihre falsche Entscheidung zu korrigieren und für Übernachtungen wieder den angemessenen Umsatzsteuersatz zu erheben. Wir fordern von Ihnen – genauso wie die Kanzlerin in ihrer Antrittsrede von der Opposition –, an der Verbesserung Deutschlands mitzuwirken. Wir fordern Sie auf, individuelle Größe zu zeigen. Wir richten diese Forderung nicht an FDP und CSU, weil wir wissen, dass das wahrscheinlich vergebens ist. Aber wir richten sie an die CDU, in der viele Abgeordnete in dieser Sache richtig entscheiden würden, wenn sie sich trauten. Wenn Sie es nicht für uns tun, dann trauen Sie sich wenigstens für Ihre Kommunen, Ihre Länder und den Bund, für den Sie Verantwortung tragen, und ersparen Sie den Gebietskörperschaften Mindereinnahmen in Höhe von 1 Milliarde Euro.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Die Sie schon fünfmal anderen versprochen haben!)

Wir werden die Nachricht über Ihr Abstimmungsverhalten den Bürgern sicherlich nicht vorenthalten. Wir werden das jedes Mal tun, wenn Sie von der Allgemeinheit Opfer verlangen, obwohl keine Notwendigkeit dafür besteht und es sich um reine Klientelpolitik handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden jedes Mal den Wähler fragen, ob er es richtig findet, dass rund 45 000 Hotels mehr Geld bekommen, während er höhere Abgaben und Steuern zahlen muss.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden ihn fragen, ob er von der Umsatzsteuerermäßigung für Hotels profitiert hat. Wir werden dieses Thema immer wieder bei der Regierung in Zahlen nachfragen. Alles das können Sie sich mit einer mutigen Entscheidung bei der späteren Abstimmung ersparen.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

**Sabine Bätzing**

- (A) Ansonsten werden Sie von mir noch öfter hören: „Ceterum censeo: Habitudinem favoris clientium esse abolendam.“ Im Übrigen bin ich der Meinung: Ihre Klientelpolitik gehört abgeschafft.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat der Kollege Peter Aumer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Peter Aumer (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, meine Überraschung darüber auszudrücken, dass heute die erste Beratung über Ihren Gesetzentwurf auf der Tagesordnung steht, Frau Kollegin Bätzing. Vielleicht schaffen wir es, dass Sie heute – das haben Sie von uns gefordert – die Chance zu einer besseren Erkenntnis nutzen. Entscheidungen, die dieses Hohe Haus mehrheitlich getroffen hat, zu akzeptieren, gehört zu einer guten Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In Ihrem Gesetzentwurf, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, bezeichnen Sie die Ermäßigung des Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen durch die christlich-liberale Koalition als eklatante Fehlentscheidung.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Danke schön. Ich hoffe, dass Sie auch gleich noch klatschen. – Die SPD beantragte im Bayerischen Landtag bereits im Jahr 2006 – das sollte man bitte nicht vergessen; ich zitiere wörtlich –:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihren Einfluss

– man spricht bei der SPD von Einfluss –

dahin gehend geltend zu machen, dass der Bund für die Hotellerie den reduzierten Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7 % einführt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie kommt der plötzliche Meinungsumschwung zustande? Jetzt, da das Anliegen der SPD erfüllt ist, kommentiert der bayerische SPD-Landesvorsitzende Pronold die Maßnahme wie folgt: Die CSU hat Subventionen ohne sachliche Begründung durchgesetzt,

(Beifall bei der SPD)

und zwar zugunsten ihrer Klientel. Da drängt sich doch die Frage auf: Gehört die Bayern-SPD mittlerweile zur Klientel der CSU? Meines Erachtens sollte sich die SPD in Bayern vergegenwärtigen, dass sie, nur weil wir das getan haben, was die SPD gefordert hat, noch nicht zur Klientel der CSU gehört.

- (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der FDP: Die bereiten die Fusion mit der Linken vor!) (C)

Die angeblich fehlende sachliche Begründung liefert die SPD in Bayern im vorgenannten Antrag selbst:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die deutsche Hotellerie wettbewerbsfähiger zu machen, indem sie die Umsatzsteuer für die Hotellerie senkt.

Wie recht Sie doch haben, liebe Kolleginnen und Kollegen der bayerischen SPD.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

An dieser Stelle kann ich nur dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Grünen im Bayerischen Landtag, Herrn Dr. Martin Runge, recht geben, der die Debatte um die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes als sehr seicht empfindet. Er sieht es genauso wie die CSU.

(Joachim Poß [SPD]: Seicht ist der Vorgang!)

– Seicht ist Ihr Vorgehen, nicht unseres.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Er hat recht, weil es Ihnen nicht um die Sache geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern weil versucht wird, etwas zu konstruieren. Käuflichkeit, Klientelpolitik und vieles mehr führen Sie ins Feld. Ihnen geht es gar nicht um Inhalte. Doch was macht die SPD bei dieser Debatte? Sie weiß heute nicht mehr, was sie gestern gesagt hat.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!) (D)

Die christlich-liberale Koalition hat eine klare Linie, einen klaren Kurs. Wir haben das, was wir in unseren Wahlprogrammen versprochen haben, gehalten und müssen nicht die in der Vergangenheit gutgeheißenen Forderungen nun bekämpfen. Wir stehen zu unserer Vereinbarung im Koalitionsvertrag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im Folgenden führe ich einige inhaltliche Aspekte an, wenn Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, diese überhaupt sehen und zur Kenntnis nehmen wollen.

Durch die Ermäßigung der Umsatzsteuer bei Beherbergungsleistungen stärken wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hotel- und Gastronomiegewerbes. Der überwiegende Teil der europäischen Mitbewerber in dieser Branche profitiert bereits von ermäßigten Umsatzsteuersätzen, Herr Poß.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum müssen die Übernachtungen billiger werden?)

Wenn Sie zu Ende gesammelt haben, nehmen wir die Box gern mit. Wir finden bestimmt eine gute Gelegenheit, den Inhalt zu verwenden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Peter Aumer**

- (A) Ich vertraue weiterhin auf die Prognosen des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes und das zielgerichtete Handeln jedes einzelnen Hoteliers und Unternehmers. Der Großteil dieser Unternehmer ist im mittelständischen Gewerbe tätig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bereits jetzt werden Investitionsmaßnahmen umgesetzt, die konkrete Impulse in unserer wirtschaftlich schwierigen Zeit geben.

Unsere tourismuspolitische Sprecherin Marlene Mortler hat mir von einem Gespräch erzählt, bei dem deutlich wurde, dass gerade diejenigen, die Urlaub auf dem Bauernhof anbieten, im Durchschnitt 5 000 Euro im Jahr investieren und diese Mittel zielgerichtet für Investitionen zur Steigerung der Qualität verwenden. Der dadurch ausgelöste Impuls ist meines Erachtens ein wichtiger Beitrag gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit Ihrem Verhalten schüren Sie nicht nur die Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger, meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition; Sie verletzen auch das Vertrauen in die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Politik. Leisten Sie wirkungsvolle und konstruktive Oppositionsarbeit! Das bisher Dargebotene erscheint eher spärlich.

Die christlich-liberale Koalition hat einen ersten Teil ihrer Wahlversprechen

(Joachim Poß [SPD]: Genau!)

- (B) mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz umgesetzt, Herr Poß, und damit Wort gehalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit Ihrer Politik der Willkür werden Sie sicherlich nicht das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen. Das hat auch die letzte Wahl deutlich gezeigt.

Ich empfehle Ihnen, die Menschen und auch Ihre Wählerinnen und Wähler mit Blick auf die in diesem Haus getroffenen Entscheidungen ernst zu nehmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –  
Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]:  
Sehr gute Rede!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Aumer, auch Ihnen gratuliere ich im Namen des ganzen Hauses zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Jetzt hat das Wort der Kollege Richard Pitterle von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Richard Pitterle (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Einen Monat ist die Regelung zur

Steuerermäßigung für die Übernachtung in Hotels alt, und schon hat sie für viel Aufregung und die heutige Debatte im Bundestag gesorgt. Nun fragen sich die Bürgerinnen und Bürger: Wissen die im Bundestag eigentlich, was sie da tun? (C)

(Gisela Piltz [FDP]: Ja! Wir schon! – Christian Lindner [FDP]: Wisst ihr es denn auch?)

Wie sieht die Regelung in der Praxis aus? Durch die Umsatzsteuersenkung sind weder die Hotelpreise gesunken – nach Angaben vom *Focus* dieser Woche sind sie teilweise sogar gestiegen –, noch haben die Hotelbeschäftigten mehr Geld bekommen. Hingegen haben Sie für mehr Bürokratie gesorgt. Jetzt werden die Übernachtung mit 7 Prozent, das Frühstück und andere Zusatzleistungen des Hotels aber mit 19 Prozent besteuert. Diese Zusatzleistungen müssen auf der Rechnung extra ausgewiesen werden. Die Hotels müssen sich neue Software zulegen. Das ist für die großen Hotelketten kein Problem, für Besitzer kleinerer Hotels jedoch eine zusätzliche finanzielle und arbeitsmäßige Belastung.

Aber auch die Hotelgäste haben das Nachsehen. Bisher bekam zum Beispiel eine Betriebsrätin oder ein Betriebsrat nach einer Schulung eine Rechnung des Hotels, die beim Arbeitgeber zur Auszahlung eingereicht werden konnte. In dieser Rechnung war die Übernachtung mit Frühstück in einem Gesamtbetrag ausgewiesen. Da ich vor meiner Wahl in den Bundestag als Rechtsanwalt tätig war, rufen mich heute die Mandanten an und fragen, ob es sein könne, dass der Arbeitgeber für das mit 12 Euro ausgewiesene Frühstück nur noch den steuerlichen Pauschbetrag von 4,80 Euro bezahlen müsse. Sie sind ziemlich aufgebracht. (D)

Genauso geht es vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Außendienst sowie anderen Dienstreisenden. Auch sie finden auf der Hotelrechnung Positionen, die vom Arbeitgeber nicht mehr in voller Höhe erstattet werden; wenn doch, werden sie als vermögenswerte Vorteile versteuert

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Ein geldwerter Vorteil ist das!)

und auch der Sozialversicherungspflicht unterworfen. Das zum Thema „Arbeitgeberbeiträge senken!“.

Kein Wunder, dass der *Spiegel* in dieser Woche über die Klagen der Hotelbesitzer berichtet, wonach viele ihrer Gäste es vorziehen, statt in ihrem Hotel bei McDonald's nebenan zu frühstücken. Verstehen Sie das unter „Beschleunigung des Wachstums“?

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Anzahl der Frühstücksgäste bei McDonald's weiter wächst, sollte man anfangen, die Konten der FDP zu beobachten.

(Beifall bei der LINKEN)

Warum haben Sie die Folgen Ihres Handelns nicht bedacht? Fast alle Expertinnen und Experten bei der Anhörung im Finanzausschuss waren sich doch darin einig, dass dieses schwarz-gelbe Geschenk von circa 1 Mil-

**Richard Pitterle**

- (A) liarde Euro an das Hotelgewerbe nicht die Ergebnisse zeitigen würde, die Sie uns versprochen haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Erzählen Sie mir bitte nicht wieder, auch andere Parteien hätten diese Forderung in ihrem Forderungskatalog gehabt; denn das ist keine Entschuldigung dafür, wie Sie die Forderung konkret umgesetzt haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Ja, es ist wahr: Auch die Linke hatte die Forderung in ihrem Wahlprogramm,

(Zuruf von der FDP: Genau!)

aber sie war in einen Katalog von Maßnahmen eingebettet. Vorrangig haben wir einen ermäßigten Steuersatz auf Kinderkleidung, Medikamente und arbeitsintensive Handwerkerleistungen gefordert – das ist der Punkt –, und davon steht in Ihrem Gesetz kein Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren der Koalition, wenn Sie schon nicht auf die Meinung der Expertinnen und Experten

(Zuruf von der FDP: Von der Linken?)

gehört haben, dann sollten Sie sich anschauen, was für einen Schlamassel Sie in der Realität angerichtet haben. Bekanntlich geht Erfahrung vor Belehrung. Ich sage Ihnen: Fehler zu machen, ist menschlich, auch für eine Regierung; aber einen Fehler zu machen, ihn nicht einzugehen und nicht zu korrigieren, ist politische Dummheit.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Haben Sie den Mut, Ihren Fehler zu korrigieren! Nehmen Sie die Regelung zurück! Mit unserer Unterstützung können Sie in diesem Fall ausnahmsweise rechnen.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Pitterle, auch Ihnen gratuliere ich im Namen des Hauses zu Ihrer ersten Rede im Bundestag.

(Beifall)

Jetzt hat der Kollege Dr. Martin Lindner von der FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Dr. Martin Lindner** (Berlin) (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Eine Bemerkung vorweg: Nehmen Sie grundsätzlich ernst, was in unseren Wahlprogrammen steht.

(Beifall bei der FDP)

- (C) Das mag bei Ihnen anders sein. In Ihren Wahlprogrammen steht irgendetwas, und man hält sich daran oder nicht. Wir aber meinen es so, wie es in unseren Programmen geschrieben steht.

In der Hotellerie in Deutschland arbeiten 1 Million Menschen – 100 000 davon sind Auszubildende – in 240 000 vorwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen. 22 von 27 Staaten in der Europäischen Union, alle unsere Nachbarstaaten mit Ausnahme Dänemarks, kennen einen reduzierten Mehrwertsteuersatz. Damit wäre dieser Debattenbeitrag eigentlich schon zu Ende gebracht. Was wir gemacht haben, ist lediglich eine Frontbegradigung, ist lediglich die Herstellung gleicher Wettbewerbsverhältnisse für unsere Wirtschaft, für die Hotellerie in Deutschland.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es schadet nicht, Vergleiche zu ziehen. In diesem Gewerbe hatten wir letztes Jahr einen realen Umsatzrückgang von 6,3 Prozent. Was wir mit dieser Ermäßigung der Umsatzsteuer erreicht haben, ist lediglich, dass in dieser Branche wieder investiert werden kann. Es ging doch nicht darum, die in Deutschland eh schon relativ geringen Hotelpreise abzusenken, sondern darum, dass die Menschen anständig entlohnt werden können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Nicolette Kressl [SPD]: So? Da haben wir aber etwas anderes gehört! – Sabine Bätzing [SPD]: Einmal so, einmal so! Wer hat den Bürgern etwas anderes erzählt?)

(D)

Sie sitzen doch immer nur hier, fordern die Einführung von Mindestlöhnen und quatschen irgendetwas von Lohndumping. Wenn es aber einmal darum geht, einen so arbeitsintensiven Bereich zu stärken, damit die Menschen anständiges Geld für ihre Arbeit bekommen, dann sind Sie dagegen. Sie sind eine Klientelpartei. Außer Hartz IV können Sie nichts bieten. Wir sorgen für anständige Löhne, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Die Linken können doch nur Geld verteilen!)

Sie machen nichts als Sprüche. Hier eine Konnexität mit einer Spende herzustellen, das ist schon abenteuerlich. Bereits das Tourismuskonzept der FDP-Bundestagsfraktion aus dem Jahre 2000 hat die Forderung nach einer Absenkung der Umsatzsteuer für die Hotellerie enthalten. 2005 wurde diese Forderung wiederholt, 2007 noch einmal. Sie werden doch nicht ernsthaft auf die Idee kommen, dass ein Unternehmer, der noch halbwegs bei Trost ist, 1 Million Euro spendet, um eine Forderung, die schon seit zehn Jahren von einer Partei erhoben wird, quasi zu untermauern. Dieser Unternehmer ist doch nicht geisteskrank.

(Beifall bei der FDP – Sabine Bätzing [SPD]: Da waren Sie aber noch nicht an der Regierung!)

**Dr. Martin Lindner (Berlin)**

- (A) Das Schlimme ist: Sie wissen das ganz genau. Hier geht es um nichts anderes als darum, Dreck zu spritzen.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Sehr richtig!)

Lassen Sie mich gerade in die Richtung der Grünen etwas zum Begriff der Klientelpolitik sagen. Wenn Sie diesen Ausdruck in den Mund nehmen, dann fällt mir mein alter Lehrer ein, der immer sagte: Wenn man mit dem Finger auf jemanden deutet, sollte man bedenken, dass drei auf einen selbst zurückzeigen. Bei Ihnen kommen zehn Finger zurück. Es gibt doch keine klientelistische Partei als Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei der FDP – Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Ich erläutere Ihnen das einmal an einem klassischen Beispiel. Wie wir gerade lernen, erhält die Solarwirtschaft in Deutschland durch Subventionen Margen, von denen andere nur träumen können. Wer kümmert sich darum, dass es der Solarwirtschaft weiterhin traumhaft geht? Bündnis 90/Die Grünen! Sie sind sich nicht zu schade, Ihre ganzen Vorfeldorganisationen wie die Deutsche Umwelthilfe – deren Geschäftsführer ist zufällig Ihr ehemaliger Staatssekretär Baake – in Marsch zu setzen, damit sie ihre dicken Subventionen behalten können. Diese Organisationen haben keine Umsatzrückgänge von 6 Prozent. Sie sind die Klientelpartei. Wenn ich genauso niveaulos wäre wie Sie, dann würde ich Ihnen jetzt Ihre ganzen Spenden aus der Solarwirtschaft aufzählen, wie es der Kollege Altmaier gemacht hat.

- (B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das erspare ich Ihnen aber und uns genauso.

Besonders lächerlich wird es dann, wenn Ihr Geschäftsführer Beck daherkommt und, um uns Klientelismus nachzuweisen, uns eine Beitragsreduzierung von 5 Prozent durch die DKV vorhält. Ich habe schon Angst bekommen: Gestern haben wir die Einladung eines Deli Lama, einer Art Salatservice, bekommen. In dieser Einladung stand: Mitarbeiter und Abgeordnete der FDP-Fraktion erhalten einen Rabatt von 15 Prozent. – Da habe ich gesagt: Um Gottes willen, werft das Ding weg! Holt euch bloß nicht einen Salat mit einem Preisrabatt von 15 Prozent. Sonst kommt der Kollege Beck wieder und haut uns das Ganze um die Ohren. – Kollege Beck würde natürlich nie auf die Idee kommen, seiner eigenen Fraktionsvorsitzenden vorzuhalten, dass sie im Wahlkampf forderte, einen Toyota Prius zu kaufen, wo doch gleichzeitig Herr Al-Wazir im Wahlkampf für einen sehr günstigen Preis einen Toyota Prius gefahren ist. Das würde er nie tun.

(Beifall bei der FDP)

Uns aber einen Rabatt vorzuhalten, der jedem Kegelklub gewährt wird, dazu sind Sie sich nicht zu blöd.

Am Schlimmsten ist die SPD. Ihnen kann man als Einzigen keine Klientelpolitik vorwerfen. Sie haben keine Klientel mehr. Sie haben einen Rest von Wählern,

die aus Sentimentalität oder Tradition SPD wählen, aber Klientel haben Sie keine mehr. (C)

(Nicolette Kressl [SPD]: Haben Sie einmal Ihre Umfragen gesehen?)

– Haben Sie einmal Ihre gesehen? Sie ziehen hier eine populistische Nummer ab, aber trotzdem sind Sie in der Wählergunst noch nicht gestiegen. Sie haben den Parteivorsitzenden gewechselt, Sie sind trotzdem noch im Tal. Was wollen Sie eigentlich noch machen, um in der Wählergunst zu steigen? Sie bleiben bei 20 Prozent. Da können Sie machen, was Sie wollen.

(Beifall bei der FDP)

Das wundert mich natürlich auch nicht. Ihr stellvertretender Parteivorsitzender Wowereit, den ich nun ein paar Jahre kenne, kritisiert diese Spende und sagt, das sei ein Riesenskandal. Das ist derselbe Wowereit, der sich von der Berlinwasser Holding ein Spenden-Dinner ausrichten ließ, nachdem er sie vorher teilprivatisiert hatte. Ein Spenden-Dinner eines teilprivatisierten Unternehmens, dessen Einnahmen sich ausschließlich aus Zwangsgebühren der Bürger rekrutieren! Dieser Wowereit macht nun die Backen dick über Parteispenden.

(Sabine Bätzing [SPD]: Der hat aber keinen Gesetzentwurf eingebracht!)

Ich lache mich tot.

Oder nehmen Sie Herrn Gabriel: Er fordert uns jetzt auf, diesen Vorgang juristisch überprüfen zu lassen. Liebe Freunde, juristisch ist an dem Ding alles einwandfrei. (D)

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hier ist doch kein Parteitag!)

Wir haben alles deklariert, alles ist geklärt.

(Nicolette Kressl [SPD]: Ist denn schon Fastnacht?)

Hat er denn schon die 150 000 Euro, die die SPD einen Monat vor Einführung der Abwrackprämie von der Automobilindustrie bekommen hat, nach Haiti gespendet? Wenn er es gemacht hat, dann legen Sie doch den Überweisungsträger auf den Tisch.

(Beifall bei der FDP)

Ihre albernen Anträge werden wir ablehnen; das ist klar.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Was wir allerdings ernst nehmen werden, ist das Thema Parteienfinanzierung. Darauf können Sie sich verlassen. Wir werden sehr genau schauen, wie sich Parteien in Deutschland finanzieren, insbesondere wenn sich Parteien aus Beteiligungen an Verlagsgesellschaften finanzieren,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

indem sie von der parteieigenen Gesellschaft zweistellige Millionenbeträge pro Jahr abkassieren

**Dr. Martin Lindner (Berlin)**

(A) (Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Und Leiharbeiter beschäftigen!)

und den Menschen, denen sie diese Medien zumuten, überhaupt nicht sagen, dass hinter dieser Zeitung, hinter diesem Medium eine Partei steckt, wenn auch nur mit einer Minderheitsbeteiligung. Ich lese Ihnen mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten –

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Nein, Herr Lindner, es ist zwar Ihre erste Rede, aber Sie überziehen jetzt schon die zweite Minute.

**Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP):**

Dann erspare ich Ihnen das Zitat von Inge Wettig-Danielmeier.

Ich sage Ihnen aber eines: Wir werden dafür sorgen, dass in diesem Bereich genauso viel Transparenz herrschen wird und jeder Bürger erfahren wird,

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Schluss jetzt!)

dass nicht die Genialität von Herrn Gabriel oder von Herrn Steinmeier Redakteure dazu verführt hat, ein solches Loblied auf sie zu singen, sondern dass das der Beteiligung der SPD an dem entsprechenden Verlag zu verdanken ist. Verlassen Sie sich darauf: Transparenz bei der Parteienfinanzierung wird ganz oben auf der Agenda dieser Regierung stehen!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Sabine Bätzing [SPD]: Wir freuen uns darauf!)

(B)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Lindner, auch Ihnen gratuliere ich zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag. Man hat aber gemerkt, dass Sie im Landesparlament von Berlin schon ausreichend Zeit zum Üben hatten.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Kollege Thomas Gambke von Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lindner, Sie nehmen zwar jetzt die Gratulationen für Ihre erste Rede entgegen, ich möchte Sie aber doch bitten, Ihre Aufmerksamkeit kurz auf das zu richten, was ich zu sagen habe.

Ich habe den Eindruck, Herr Lindner, dass Sie hier mit sehr viel heißer Luft versucht haben, einen Vorgang schönzureden. Ich habe keinerlei Fakten gehört.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Waren Sie draußen? – Weiterer Zuruf von der FDP: Was?)

Doch die Fakten sollten Sie sich einmal anhören: Die Steuerermäßigung für Hotels kommt beim Kunden nicht an;

(Nicolette Kressl [SPD]: Das wollte er ja auch gar nicht, hat er gesagt!)

die ersten Umfragen haben das klar ergeben. Im Gegenteil, die Preise gehen sogar leicht nach oben. Geschäftsreisen – auch das ist Fakt – verteuern sich, weil weniger abgesetzt werden kann. Das Steuersystem wird durch weitere Ausnahmetatbestände nicht einfacher, sondern komplizierter. (C)

Lassen Sie mich noch eines sagen: Der CSU-Mann Guttenberg wurde heute Morgen als der große Ordnungspolitiker bezeichnet, und es wurde viel über Ordnungspolitik geredet. Als Neuling in diesem Parlament hatte ich wirklich die Hoffnung, da auch einmal Taten zu erleben. Aber wenn Sie diese Regelung, die dem, was Sie bei einer Umsatzsteuerreform brauchen und wollen, diametral gegenübersteht und um 180 Grad entgegensteht, als eine Maßnahme verkaufen wollen, die in die richtige Richtung geht, dann müssen Sie wirklich mit anderen reden. Hier im Parlament nimmt Ihnen das niemand ab. Das ist einfach ungläubwürdig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Nicolette Kressl [SPD]: Das war ja auch eine Fastnachtsrede!)

Wir haben im Finanzausschuss nach dem Normenkontrollrat gefragt. Ein Redner hat hier von Tricksen, Täuschen, Tarnen gesprochen; genau das haben Sie gemacht. Sie haben abgelehnt, dieses Gesetz durch den Normenkontrollrat prüfen zu lassen. Jetzt sagt die Bundesregierung, dass alle Gesetze geprüft werden sollen. Sie sind gerade noch durch die Lücke gehuscht, weil Sie nicht wollten, dass unabhängige Experten Ihnen vorrechnen, was das an zusätzlichen Bürokratiekosten bedeutet. Das haben Sie vermieden, weil Sie schlicht und einfach Angst vor der Wahrheit hatten. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Der Kollege Hinsken – Herr Aumer kommt aus Regensburg, habe ich gerade gesehen – hat hier als Niederbayer die geringe Entfernung zu Schärding erwähnt.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Fakten! Wir wollen Fakten hören!)

Ich komme aus Niederbayern und war, als ich den Inn entlanggeradelt bin, auch in Schärding, weil es das schönste Barockstädtchen Österreichs ist. Die Mehrwertsteuer war jedenfalls nicht der Grund, warum ich dort war. Dann bin ich nach Breitenberg im Bayerischen Wald, 5 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt, gefahren, um von dort auf den Dreisessel zu marschieren. Auch hier spielte die Mehrwertsteuer keine Rolle.

Die Niederbayern sollten da mal hinhören. Den Campingplatz in Rostock vergleichen Sie mit einem Hotel in Nizza. Es ist doch absoluter Blödsinn, anzunehmen, dass da Wettbewerb eine Rolle spielt. Das können Sie doch niemandem erzählen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Waren Sie mal in Rostock? Oder war Niederbayern und Berlin bisher alles?)

– Nein. Ich wollte nur die Begründung erwähnen.

**Dr. Thomas Gambke**

- (A) Die IHK Passau, Herr Lindner, hat mich im Mai letzten Jahres gebeten und aufgefordert: Arbeitet bitte gegen die 7 Prozent! – Sie haben uns dazu mit Informationen versorgt, die ich Ihnen gleich vorlesen werde. Damals haben, wie wir wussten, die Franzosen die Mehrwertsteuer in der Gastronomie abgesenkt. Jetzt liegen die ersten Ergebnisse vor. Die Franzosen haben sogar Freiwilligkeit vereinbart. Ziel war die Schaffung von 40 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Nur 6 000 sind es, wohlwollend gerechnet, geworden.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Gambke, ich muss Sie unterbrechen. Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hinsken?

**Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Sehr gerne.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bitte schön, Herr Hinsken.

**Ernst Hinsken (CDU/CSU):**

Werter Herr Kollege Gambke, ich habe mich gemeldet, weil Sie mich namentlich genannt, aber nicht gesehen haben.

(Heiterkeit)

**Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
So ist es; tut mir leid.

- (B) **Ernst Hinsken (CDU/CSU):**

Ich bin ein niederbayerischer Landsmann, aber ich stelle fest: Sie verstehen vielleicht viel vom Radfahren und vom Wandern, aber von der Hotellerie relativ wenig. Sie haben bei Ihrer Wanderung durch Niederbayern und nach Schärding vielleicht alles Mögliche gemacht, aber nicht mit den Hoteliers gesprochen; sonst hätten Sie mitbekommen, dass diese sehr große Schwierigkeiten haben, überhaupt über die Runden zu kommen.

Jetzt meine Frage: Was sagen Sie zu der Aussage Ihres wirtschaftspolitischen Sprechers im Bayerischen Landtag, Herrn Dr. Runge, dass diese Mehrwertsteuersenkung dringend erforderlich ist, dass sie geboten ist und dass sie unter allen Umständen schnellstmöglich durchgesetzt werden muss? Wollen Sie dem widersprechen,

(Nicolette Kressl [SPD]: Ja!)

oder welche Meinung vertreten Sie hier?

Diese Aussage hat er im April letzten Jahres getroffen, also wenige Monate vor den Bundestagswahlen. Bei den Grünen weiß anscheinend die Rechte nicht mehr, was die Linke tut. Das ist das große Problem. Darum wäre es gut, wenn Sie sich erst einmal informieren würden, bevor Sie hier das Wort ergreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Der sucht ja auch an der pommerschen Grenze nach Nizza!)

**Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** (C)

Vielen Dank, Herr Kollege Hinsken, für diese Frage. Natürlich rede ich mit Herrn Dr. Runge, und natürlich kenne ich seine Meinung dazu. Ich kann Ihnen auch sagen, wie sie begründet ist.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Aha!)

Es gibt viele, die sich über die Umsatzsteuerreform Gedanken gemacht haben und die ordnungspolitische Grundsätze einführen wollten, im Gegensatz zu dem, was Sie gemacht haben. Man hat sich gefragt, was diese ordnungspolitischen Grundsätze sein könnten. Herr Dr. Runge hat gesagt: „Arbeitsintensive Dienstleistungen“ könnten ein Bereich sein, in dem ein verminderter Mehrwertsteuersatz angewendet werden könnte. Genau darauf bezog sich die Aussage der bayerischen Grünen zu diesem Thema.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Was halten Sie denn davon?)

Es ging darum, ordnungspolitische Grundsätze einzuführen. Die Hotellerie gehört zu den arbeitsintensiven Dienstleistungen. Schauen Sie sich die Erklärungen der bayerischen Grünen von letzter Woche an; da werden Sie das sehen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Was Sie davon halten, hat er gefragt!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Gambke, erlauben Sie eine Nachfrage des Kollegen Hinsken?

(D)

**Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Bitte sehr.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bitte schön, Herr Hinsken.

**Ernst Hinsken (CDU/CSU):**

Ich möchte mich kurzfassen, Herr Gambke. Ich möchte Ihnen empfehlen, einmal nachzulesen, was Herr Dr. Runge genau gesagt hat. Da finden Sie das Gegenteil von dem, was Sie hier ausgeführt haben. Er lag richtig, und Sie liegen falsch. Wenn Sie auf den Pfad der Tugend zurückkehren und sich von ihm etwas sagen lassen, dann liegen auch Sie in Zukunft richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Nicolette Kressl [SPD]: Was war die Frage?)

**Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Hinsken, Sie können nicht einfach ignorieren, was mir in schriftlicher Form vorliegt. Es tut mir leid, Sie haben nicht zu Ende gelesen. Sie sollten nicht das herauslesen, was Sie lesen oder hören wollen, sondern das, was wirklich geschrieben und gesagt wurde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen: Was Sie hier zum Besten gegeben haben, erinnert mich an den Cheflob-

**Dr. Thomas Gambke**

- (A) byisten der Tourismus- bzw. Hotelleriebranche, aber nicht an jemanden, der ernsthaft will, dass wir mit der Umsatzsteuerreform weiterkommen, der sich ernsthaft

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Er heißt doch Ernst!)

mit dem Thema beschäftigt, wie man zum Beispiel das Wachstum beschleunigt, und der keine Klientelbegünstigungspolitik machen will.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Ihr seid doch die Klientelpartei!)

Damit müssen Sie sich auseinandersetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Jetzt kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Gambke.

**Dr. Thomas Gambke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gerne.

Wer hier glaubwürdig über Ordnungspolitik reden und bei den Wählern Verständnis dafür erzeugen will, dass die Beiträge zu den Sozialversicherungssystemen steigen, sollte nicht für die eigene Klientel, die Hotelbesitzer und Steuerberater, noch etwas aus der Kasse nehmen.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Solarwirtschaft!)

- (B) Ich fordere Sie auf: Stimmen Sie mit den Grünen

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Für mehr Subventionen für die Solarwirtschaft!)

für die Abschaffung der Umsatzsteuerermäßigung.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort dem Kollegen Christian Lindner.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Ein Lindner kommt selten allein!)

**Christian Lindner** (FDP):

Herr Präsident, vielen Dank. – Ich will Ihren Redebeitrag zum Anlass nehmen, auf ein eklatantes Missverständnis hinzuweisen, dem Sie und im Übrigen auch die antragstellende Fraktion unterliegen. Hier wird nämlich fortwährend davon gesprochen, dass die Hauptintention der Reduzierung des Umsatzsteuersatzes für die Hotellerie gewesen sei, Preissenkungen für Hotelgäste zu erreichen. Das ist ein Irrtum. Diese Maßnahme ist deshalb in das Wachstumsbeschleunigungsgesetz eingeordnet worden, weil wir uns davon einen Konjunkturimpuls erhoffen.

Tatsächlich zeigen aktuelle Berichte, dass dieses Gesetz diesen Zweck erfüllt. So hätten Sie heute Nachmit-

tag bei der dpa lesen können – ich darf zitieren –, dass „vor allem kleinere Betriebe“ diese Reduzierung „für die Modernisierung ihrer Bäder, Fenster, Heizungs- und Lüftungsanlagen oder die Fortbildung ihrer Mitarbeiter nutzen“ wollen. Anders, als Sie glauben machen wollen, wenn Sie in diesem Zusammenhang von Hoteliers bzw. von Fünfsternehäusern sprechen, heißt es im Übrigen weiter – das hätten Sie vor Ihrer Rede wissen können –:

Die Branche sei in Deutschland im Vergleich zum Ausland sehr mittelständisch geprägt. Der Anteil der großen Ketten mache gerade einmal gut 3 Prozent der fast 38 000 Betriebe aus.

Damit ist diese Maßnahme auch unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten viel treffsicherer als all das, was die SPD mit ihrem Bundesfinanzminister Steinbrück beschlossen hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Nicolette Kressl [SPD]: Peinlich, peinlich!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Gambke, Sie haben die Möglichkeit, zu erwidern.

**Dr. Thomas Gambke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Ich habe sehr häufig auch andere Stimmen aus Ihrer Partei gehört. Da ging es um Preise für Übernachtungen. Das können Sie jetzt nicht einfach wegdrücken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich habe auch etwas von Wettbewerb gehört.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Wir wollen keinen ruinösen Wettbewerb! Wir wollen gesunden Wettbewerb!)

Sie sollten sich einmal dahin gehend sortieren, was Sie wirklich wollen. Warum haben Sie nicht zumindest Vereinbarungen getroffen, in denen Sie nachweislich festlegen, wie hoch die Investitionen sein sollen? Ich sage noch einmal: In Frankreich wurde dies gemacht und nicht eingehalten. Wir wissen ja, was man von freiwilligen Vereinbarungen zu halten hat. Aber Sie haben sich ja noch nicht einmal bemüht, so etwas zu vereinbaren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Jetzt wollen Sie uns aber verkaufen, dass da etwas passiert. Es tut mir leid, aber das ist nicht sehr glaubwürdig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Jetzt kommen wir zum letzten Redner zu diesem Tagesordnungspunkt. Es handelt sich um Ingbert Liebing von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Ingbert Liebing** (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragen mit gleicher Zielsetzung die Rücknahme eines Gesetzes, das der Deutsche Bundestag am 4. Dezember beschlossen hatte und das erst seit vier Wochen in Kraft ist. Ich finde es schon erstaunlich, welche Schlüsse Sie nach vier Wochen ziehen können, wenn es um die Frage geht, ob ein Gesetz funktioniert oder nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Branche sollte man etwas mehr Zeit geben, zu zeigen, was möglich ist und was nicht.

Diese Anträge sind in der Form und in der Sache – dies haben wir heute erlebt – Klamauk und kein Beitrag zur Lösung der Probleme unseres Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dabei ist es überhaupt kein Geheimnis, Herr Gambke, dass es auch in unserer Fraktion unterschiedliche Auffassungen zu diesem Thema gegeben hat.

(Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Es gibt nicht wenige, denen eine Diskussion über dieses Thema im Zusammenhang mit der gesamten Umsatzsteuerproblematik lieber gewesen wäre. Aber für den Budenzauber, den Sie hier veranstalten, hat bei uns niemand Verständnis.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B)

Die Anträge sind in der Form daneben; denn es ist schon ein merkwürdiger Stil, Debatten und Entscheidungen, die gerade erst geführt und getroffen wurden, wenige Wochen später wieder aufzuwärmen. Wenn es die Strategie der Opposition sein soll, in dieser Wahlperiode immer die Schlachten von gestern zu führen, dann ist das ein Armutszeugnis für die Opposition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn Sie ankündigen, Frau Kollegin Bätzing, dass sie das regelmäßig machen wollen, dann erst recht. Offensichtlich haben Sie keine besseren Argumente und Themen, als dass Sie uns mit längst ausdiskutierten und unterschiedenen Sachfragen kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sabine Bätzing [SPD]: Die zu Misserfolgen führen!)

Für mich ist es schon bezeichnend – das ist schon gesagt worden –, dass es auch in Ihren Reihen nicht wenige gegeben hat und gibt, die dieser Umsatzsteuersenkung für das Beherbergungsgewerbe sehr wohl etwas Positives abgewinnen können.

(Sabine Bätzing [SPD]: Zu dieser Zeit niemals! Vor 14 Jahren!)

Die Tourismuspolitiker Ihrer Fraktion im Tourismusausschuss vertreten dies; aber sie sind heute nicht einmal hier. Wo sind sie denn? Wahrscheinlich ist es ihnen peinlich, was Sie hier an Anträgen vorgelegt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sabine Bätzing [SPD]: Uns war das Allgemeinwohl wichtiger!)

(C)

Diese Anträge sind auch in der Sache daneben; denn Sie schüren Neidkomplexe, indem Sie das Beherbergungsgewerbe darstellen, als bestehe es nur aus wenigen Hotelketten oder einigen reichen Hoteliers, die sich die Taschen vollstopfen. Davon ist doch die Rede. Welches Bild haben Sie eigentlich von der touristischen Branche in unserem Land? Diese Branche steht in einem harten Wettbewerb, der nicht zuletzt deswegen in Europa härter geworden ist, weil inzwischen 21 Länder um uns herum den abgesenkten Mehrwertsteuersatz eingeführt haben – nicht zuletzt deshalb, weil der damalige SPD-Finanzminister Steinbrück einer entsprechenden EU-Regelung ausdrücklich zugestimmt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nun argumentieren Sie, es müssten auch die Preise sinken, wenn es um den Wettbewerb mit den Nachbarländern geht. Ich halte es schon für bedauerlich, dass man Ihnen erst erklären muss, dass Wettbewerb nicht nur über den Preis, sondern auch über die Qualität geführt wird. Entscheidend ist das Preis-Leistungs-Verhältnis und nicht nur ein Preiskampf.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Liebing, der Kollege Gambke würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen. Erlauben Sie das?

(D)

**Ingbert Liebing** (CDU/CSU):

Ja, gerne.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bitte schön.

**Dr. Thomas Gambke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Kollege. – Wenn Sie von Wettbewerb sprechen, wie kommentieren Sie dann die Meldung, dass Deutschland nach dem Sparkassen-Tourismusbarometer Spanien und Italien in Bezug auf Übernachtungen als Marktführer in der EU abgelöst hat?

**Ingbert Liebing** (CDU/CSU):

Ich gebe Ihnen dazu gern eine passende Antwort, weil wir, die Tourismuspolitiker unserer Fraktion, gerade gestern mit Professor Feige, der dieses Tourismusbarometer erstellt hat, und dem Sparkassen- und Giroverband zusammengesessen haben. Sie haben aus ihrer Gesamtbetrachtung ein Fazit gezogen, weil wir gefragt haben, was man jetzt tun müsse, um der Branche zu helfen. Sie haben uns Folgendes gesagt: Entscheidend sind Innovationen, Investitionen und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa.

Das ist das Fazit aus dem Tourismusbarometer. Genau deswegen senken wir den Umsatzsteuersatz: für Innovation, für Investition und für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit in Europa.

**Ingbert Liebing**

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Faire Löhne!)

Ein Beispiel: Ein Betrieb in der Schweiz hatte im vergangenen Jahr bei einem Umsatz von 1 Million Euro einen um 125 000 Euro höheren Ertrag als sein deutscher Kollege. Über diesen Ertrag kann er verfügen, um ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis zu erzielen, egal ob durch Preissenkungen oder für Investitionen in bessere Qualität. Bei der Qualität haben wir in Deutschland Nachholbedarf. An der Erkenntnis führt kein Weg vorbei. Wir kennen doch Betriebe im Charme der 70er- und 80er-Jahre. Aber es gibt auch Betriebe, die top sind, weil sie in den letzten Jahren investiert haben. Aber wer top ist, muss auch viel tun, um top zu bleiben. Für diese Investitionen leisten wir einen Beitrag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Hellmut Königshaus [FDP]: So ist das!)

Das Bild von einigen wenigen reichen Hoteliers, das Sie von der Branche zeichnen, geht an der Wirklichkeit völlig vorbei. Wir haben es mit einer stark mittelständisch geprägten Branche zu tun. Es gibt insgesamt 45 000 Betriebe. Dreiviertel aller Hotels verzeichnen einen Jahresumsatz von weniger als 500 000 Euro. Dazu gehören kleine Landpensionen und Bauernhöfe mit wenigen Ferienwohnungen, hinzu kommen Campingplätze und zahlreiche private Kleinvermieter mit ein oder zwei Appartements. Zur Branche gehören auch über 350 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Zehntausende Auszubildende. Sie alle profitieren davon, wenn es ihrem Betrieb besser geht, wenn er wettbewerbsfähiger ist. Die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Branche ist ein wichtiger Grund, warum wir dieses Gesetz genau so gestaltet haben.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Senkung des Umsatzsteuersatzes ist ein Bestandteil des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes. Das Gesetz trägt diesen Namen nicht ohne Grund. Es geht um neues Wachstum. Ich bin überzeugt: Hiermit schaffen wir neues Wachstum; denn wir geben den Betrieben Luft für Investitionen. Ich habe 300 Hotels, Pensionen und Campingplätze in meinem Wahlkreis angeschrieben und nachgefragt, wie die neuen finanziellen Spielräume genutzt werden. Mir wurden viele Beispiele genannt, wie investiert wird. Ein renommiertes Hotel wollte 900 000 Euro investieren. Die Bank hat das nicht finanziert. Die Branche ist derzeit schlecht geratet. Nach dieser Gesetzesänderung ist die Wirtschaftlichkeit des Betriebes besser. Der Betrieb bekommt den Kredit. Es wird investiert. Das sind 900 000 Euro, die auch dem Handwerk zugutekommen.

Wir fordern Bürokratieabbau. Sie sagen: Das Gesetz bedeutet mehr Bürokratie.

(Sabine Bätzing [SPD]: Das sagen nicht nur wir! Das sagen auch die Hoteliers, die IHK und der BDI!)

Ich will Ihnen zwei Antworten vorlegen, die mir Hoteliers gegeben haben. So groß ist der zusätzliche bürokrati-

tische Aufwand, der die Beschränkung auf die Beherbergungsleistung erfordert, nämlich gar nicht. (C)

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Die Wirtschaftsverbände sind dagegen!)

Mit entsprechender EDV-Software ausgerüstet sind die marginalen Änderungen der Stammdaten leicht zu bewältigen – so ein Hotelier. Ein anderer sagt: Da wir das Frühstück aus grundsätzlichen Erwägungen stets getrennt aufführen, gibt es keinen bürokratischen Aufwand. – Das sind Antworten auf die Panikmache, die Sie betreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nur auffordern: Beenden Sie endlich Ihre unsägliche Kampagne! Sie schaden dem Ansehen einer Branche. Sie hat es nicht verdient, dass Sie Ihre parteipolitischen Spielchen auf ihrem Rücken austragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sabine Bätzing [SPD]: Beenden Sie Ihre Klientelpolitik!)

Beteiligen Sie sich lieber an der Lösung der tatsächlichen Probleme unseres Landes. Davon gibt es genug.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sabine Bätzing [SPD]: Die werden Sie auch nicht lösen!)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:** (D)  
Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/520 und 17/447 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, Heidrun Dittrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Verbesserung der Rentenanwartschaften von Langzeiterwerbslosen**

– Drucksache 17/256 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat das Wort der Kollege Matthias Birkwald für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)